

## SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2003 — 467

[C - 2002/00634]

**Accord de coopération entre l'Etat fédéral et les Régions concernant l'exercice de la tutelle spécifique instaurée par la loi du 7 décembre 1998 (*Moniteur belge* du 5 janvier 1999) organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux. — Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'accord de coopération entre l'Etat fédéral et les Régions concernant l'exercice de la tutelle spécifique instaurée par la loi du 7 décembre 1998 (*Moniteur belge* du 5 janvier 1999) organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux (*Moniteur belge* du 19 avril 2002), établie par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmédy.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2003 — 467

[C - 2002/00634]

**Samenwerkingsakkoord tussen de federale Staat en de Gewesten betreffende de uitvoering van het specifiek toezicht ingesteld bij de wet van 7 december 1998 (*Belgisch Staatsblad* van 5 januari 1999) tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus. — Duitse vertaling**

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het samenwerkingsakkoord tussen de federale Staat en de Gewesten betreffende de uitvoering van het specifiek toezicht ingesteld bij de wet van 7 december 1998 (*Belgisch Staatsblad* van 5 januari 1999) tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus (*Belgisch Staatsblad* van 19 april 2002), opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmédy.

## FODERALER OFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2003 — 467

[C - 2002/00634]

**Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und den Regionen über die Ausübung der durch das Gesetz vom 7. Dezember 1998 (*Belgisches Staatsblatt* vom 5. Januar 1999; deutsche Übersetzung: *Belgisches Staatsblatt* vom 22. April 2000) zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes eingeführten spezifischen Aufsicht — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat und den Regionen über die Ausübung der durch das Gesetz vom 7. Dezember 1998 (*Belgisches Staatsblatt* vom 5. Januar 1999; deutsche Übersetzung: *Belgisches Staatsblatt* vom 22. April 2000) zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes eingeführten spezifischen Aufsicht, erstellt von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen des Beigeordneten Bezirkskommissariats in Malmédy.

## MINISTERIUM DES INNERN

**Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und den Regionen über die Ausübung der durch das Gesetz vom 7. Dezember 1998 (*Belgisches Staatsblatt* vom 5. Januar 1999; deutsche Übersetzung: *Belgisches Staatsblatt* vom 22. April 2000) zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes eingeführten spezifischen Aufsicht**

Der Föderalstaat, vertreten durch den Minister des Innern,  
und  
die Wallonische Region, vertreten durch ihre Regierung,  
und  
die Region Brüssel-Hauptstadt, vertreten durch ihre Regierung,  
und  
die Flämische Region, vertreten durch ihre Regierung,  
die ihre jeweiligen Befugnisse gemeinsam ausüben, haben Folgendes vereinbart:

## Präambel

Aufgrund des Artikels 162 der Verfassung;

Aufgrund des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes, insbesondere der Artikel 66 und 84;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, abgeändert durch die Sondergesetze vom 8. August 1988 und 16. Juli 1993, insbesondere der Artikel 7 und 92bis;

Aufgrund des Dekrets des Wallonischen Regionalrats vom 1. April 1999 zur Regelung der Aufsicht über die Gemeinden, die Provinzen und die Interkommunalen der Wallonischen Region;

Aufgrund des Dekrets des Flämischen Regionalrats vom 28. April 1993 (Dekret zur Regelung für die Flämische Region der Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden);

Aufgrund der Ordonnanz des Rates der Region Brüssel-Hauptstadt vom 19. Juli 2001 (Ordonnanz zur Regelung der Verwaltungsaufsicht über die Polizeizonen der Region Brüssel-Hauptstadt) und des Erlasses der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt vom 19. Juli 2001 (Erlass über die Übermittlung der Akte der Polizeibehörden der Mehrgemeindezonen an die Regierung im Hinblick auf die Ausübung der Verwaltungsaufsicht);

Aufgrund des neuen Gemeindegesetzes, kodifiziert durch den Königlichen Erlass vom 24. Juni 1988, ratifiziert durch das Gesetz vom 26. Mai 1989;

In der Erwägung, dass durch Artikel 162 der Verfassung auferlegt ist, dass von kommunalen Einrichtungen ausgehende Akte der Aufsicht hinsichtlich der Rechtmäßigkeit und der Wahrung des Gemeinwohls unterworfen werden;

In der Erwägung, dass aufgrund von Artikel 7 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen die Regionen für die Organisation und die Ausübung der Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden zuständig sind, jedoch mit Ausnahme der Aufsicht über Akte, die föderale oder Gemeinschaftsangelegenheiten betreffen, für die durch Gesetz oder Dekret eine spezifische Aufsicht organisiert wird;

In der Erwägung, dass durch das Gesetz vom 7. Dezember 1998 eine spezifische Aufsicht über die von den Gemeindebehörden oder von den Polizeiräten und dem Polizeikollegium angenommenen Akte bezüglich der Polizei organisiert wird;

Dass diese spezifische Aufsicht sich auf Angelegenheiten beschränkt, für die der föderale Gesetzgeber zuständig ist; dies betrifft die Einhaltung der Bestimmungen des vorerwähnten Gesetzes vom 7. Dezember 1998 und seiner Ausführungserlasse;

In der Erwägung, dass der Föderalstaat und die Regionen bei der Ausübung ihrer Befugnisse in Sachen Aufsicht eventuellen Konflikten vorbeugen können müssen;

In der Erwägung, dass in der Begründung des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 vorgesehen ist, die Regionen an der Ausübung der Aufsicht über Haushaltsbeschlüsse zu beteiligen, und dass dies mittels eines Zusammenarbeitsabkommens geschehen könnte, in dem die diesbezüglichen Modalitäten festgelegt sind;

In der Erwägung, dass eine Konzertierung organisiert werden sollte für alle Angelegenheiten, die der durch die Artikel 66 bis einschließlich 84 des vorerwähnten Gesetzes vom 7. Dezember 1998 eingeführten spezifischen Aufsicht unterliegen.

#### KAPITEL I — Zielsetzung

**Artikel 1** - Mit vorliegendem Zusammenarbeitsabkommen sollen Mechanismen geschaffen werden, die einen effektiven Dialog zwischen den verschiedenen Behörden, die für die Ausübung der Aufsicht über die Beschlüsse der Behörden der aus einer oder mehreren Gemeinden bestehenden Polizeizonen zuständig sind, ermöglichen sollen.

#### KAPITEL II — Zusammenarbeitsmechanismen

**Art. 2** - Zusammenarbeitsmechanismen kommen zur Anwendung für Beschlüsse der Gemeindebehörden oder der Behörden der aus mehreren Gemeinden bestehenden Polizeizonen und Erlasse der Aufsichtsbehörden in Bezug auf folgende Angelegenheiten:

die Beschlüsse bezüglich des Stellenplans für das Einsatzpersonal und für das Verwaltungs- und Logistikpersonal der lokalen Polizei,

den Haushaltsplan und die daran angebrachten Abänderungen,

in einer Mehrgemeindezone: den Beitrag an den Polizeirat und die daran angebrachten Abänderungen,

die Rechnung und die Endabrechnung des Einnehmers,

die Beschlüsse über die Neuverteilung der Finanzaufwendungen für Anleihen, die für die Finanzierung der lokalen Polizei aufgenommen wurden.

**Art. 3** - Die auf regionaler Ebene zuständige Aufsichtsbehörde und die auf föderaler Ebene zuständige Aufsichtsbehörde informieren einander automatisch und systematisch über ihre in Artikel 2 erwähnten Beschlüsse.

Jede in Ausführung von Absatz 1 erteilte Information muss, sofern es sich um einen negativen Beschluss für die Polizeizone oder die Gemeinde handelt, mit Gründen versehen sein, wenn diese Begründung nicht schon in der Beschlussakte selbst aufgeführt ist, so dass die informierte Behörde unmittelbar über die wichtigsten Elemente für ein gutes Verständnis des getroffenen Beschlusses verfügt.

**Art. 4** - Es werden elf Koordinierungsausschüsse gebildet, einer pro Provinz und einer für die Region Brüssel-Hauptstadt. Diese Ausschüsse werden eingerichtet, sobald vorliegendes Abkommen unterzeichnet ist.

Jeder Koordinierungsausschuss besteht aus:

dem Gouverneur oder seinem Stellvertreter,

einem vom Minister des Innern zu bestimmenden Vertreter der Föderalbehörde,

einem vom zuständigen Regionalminister zu bestimmenden Vertreter der betreffenden Region,

einem Vertreter des Minister-Präsidenten der betreffenden Region.

**Art. 5** - Der in Artikel 4 erwähnte Koordinierungsausschuss wird stets einberufen für Beschlüsse, die:

zu einer Unstimmigkeit zwischen den Akten der beiden Aufsichtsbehörden führen können

und/oder die Ausübung der gesetzlich zuerkannten Befugnisse der Aufsichtsbehörde durch konkurrierende Befugnisse beeinträchtigen können

und/oder die Arbeit entweder einer Eingemeindezone oder einer Mehrgemeindezone oder einer der Gemeinden, die einer Mehrgemeindezone angehören, blockieren können.

Die Initiative zur Einberufung kann von jeder betroffenen Aufsichtsbehörde ausgehen.

**Art. 6** - Die Aufsichtsbehörde, die erwägt, einen Beschluss zu fassen, der zu einer der in Artikel 5 Absatz 1 erwähnten Konsequenzen führen kann, kann die Initiative zur Einberufung des in Artikel 4 erwähnten Koordinierungsausschusses ergreifen.

**Art. 7** - Die Koordinierungsausschüsse sind ebenfalls beauftragt, Empfehlungen und konkrete Vorschläge im Hinblick auf die Verbesserung der Funktionsweise der in vorliegendem Abkommen enthaltenen Mechanismen zur Vorbeugung von Konflikten zu formulieren; die Empfehlungen und Vorschläge werden an den Minister des Innern gerichtet sowie an die Regionalminister, die für die Aufsicht über die lokalen Verwaltungen zuständig sind.

**Art. 8** - Wird innerhalb des betreffenden Koordinierungsausschusses keine Einigung erzielt, wird der in Artikel 31 des ordentlichen Gesetzes vom 9. August 1980 zur Reform der Institutionen erwähnte Konzertierungsausschuss mit der betreffenden Angelegenheit befasst.

#### KAPITEL III — Gegenseitige Unterstützung

**Art. 9** - Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen wird in einem Geist der Zusammenarbeit und Loyalität ausgeführt, der zum Erfolg beim Aufbau und zur Lebensfähigkeit der auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizei beitragen wird, die im allgemeinen Interesse mit der Gewährleistung der Sicherheit eines jeden beauftragt ist.

Die Regionalregierungen verpflichten sich, den Föderalbeamten, die mit der Anwendung der in vorliegendem Abkommen erwähnten Angelegenheiten beauftragt sind, ihre Unterstützung zu gewähren.

Der Föderalstaat verpflichtet sich, den Regionalbeamten seine Unterstützung gemäß den in vorliegendem Abkommen festgelegten allgemeinen Richtlinien zu gewähren.

KAPITEL IV — *Streitsachen*

**Art. 10** - Streitsachen im Zusammenhang mit der Auslegung oder der Ausführung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens werden von dem in Artikel 92bis §§ 5 und 6 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erwähnten Rechtsprechungsorgan entschieden.

KAPITEL V — *In-Kraft-Treten*

**Art. 11** - Vorliegendes Zusammenarbeitsabkommen tritt am 1. April 2001 in Kraft.

Brüssel in ebenso vielen Ausfertigungen, wie es Parteien beim vorliegenden Abkommen gibt.

Für die Flämische Region

Der Minister-Präsident

P. DEWAELE

Der Minister der Inneren Angelegenheiten und des Öffentlichen Dienstes

P. VAN GREMBERGEN

Für die Wallonische Region

Der Minister-Präsident

J.-Cl. VAN CAUWENBERGHE

Der Minister der Inneren Angelegenheiten, beauftragt mit dem Öffentlichen Dienst und dem Haushalt

Ch. MICHEL

Für die Region Brüssel-Hauptstadt

Der Minister-Präsident, beauftragt mit den Lokalen Behörden, der Raumordnung, dem Denkmal- und Landschaftsschutz, der Städteerneuerung und der Wissenschaftlichen Forschung

F.-X. de DONNEA

Für den Föderalstaat

Der Premierminister

G. VERHOFSTADT

Der Minister des Innern

A. DUQUESNE

## SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2003 — 468

[C — 2002/00690]

**1<sup>er</sup> OCTOBRE 2002.** — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de l'arrêté ministériel du 4 janvier 2002 fixant les missions à exécuter par la police fédérale en application de l'article 126, § 2, de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le projet de traduction officielle en langue allemande de l'arrêté ministériel du 4 janvier 2002 fixant les missions à exécuter par la police fédérale en application de l'article 126, § 2, de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux, établi par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmédy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le texte annexé au présent arrêté constitue la traduction officielle en langue allemande de l'arrêté ministériel du 4 janvier 2002 fixant les missions à exécuter par la police fédérale en application de l'article 126, § 2, de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux.

**Art. 2.** Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 1<sup>er</sup> octobre 2002.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2003 — 268

[C — 2002/00690]

**1 OKTOBER 2002.** — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 4 januari 2002 tot bepaling van de opdrachten door de federale politie uit te voeren met toepassing van artikel 126, § 2, van de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1<sup>o</sup>, en § 3, vervangen bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het ontwerp van officiële Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 4 januari 2002 tot bepaling van de opdrachten door de federale politie uit te voeren met toepassing van artikel 126, § 2, van de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus, opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmédy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** De bij dit besluit gevoegde tekst is de officiële Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 4 januari 2002 tot bepaling van de opdrachten door de federale politie uit te voeren met toepassing van artikel 126, § 2, van de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus.

**Art. 2.** Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 1 oktober 2002.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE